

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

Antrag Nr. 1

Betr.: Kultur ist Freiheit

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landeshauptausschuss möge beschließen:

Präambel

Kultur hat in Deutschland und Baden-Württemberg einen guten Klang – wir sind Kulturland mit vollem Recht. Aber Kultur ist vielschichtiger und facettenreicher als die landläufigen Begriffe glauben machen mögen. Gerade die „Kultur durch die Bürgerinnen und Bürger“ in unzähligen Initiativen, Vereinen, freien Zusammenschlüssen und spontanen Organisationen braucht mehr als jede andere Form der Kultur die Freiheit, um zu entstehen und zu überleben. Der liberale Kulturbegriff ist nicht auf die Kulturleistung durch staatliche und kommunale Institutionen beschränkt und wünscht sich nicht nur den Konsumenten kultureller Produkte. Wir trauen jedem Einzelnen zu, seinen Beitrag zum Kulturleben zu leisten. Diese Auffassung prägt den liberalen Kulturbegriff und macht ihn klar unterscheidbar von anderen Überzeugungen, die Ordnung oder Gleichheit vor die Freiheit setzen.

Die Kultur ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Darum ist Kulturpolitik für Liberale wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil eines ganzheitlichen Politikansatzes. Für Liberale ist dabei von essentieller Bedeutung, dass ein größtmögliches Maß an Freiheit verwirklicht wird und für die fremdbestimmte Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten des Individuums enge Grenzen gesetzt werden.

Gerade für die Kultur ist es wichtiger denn je, dass sie die Möglichkeit hat, in Freiheit vom Staat Entwicklungschancen zu nutzen, ohne ihn aus seiner kulturellen Verantwortung zu entlassen. Die in Jahrhunderten gewachsene überaus reiche Landschaft kultureller Institutionen in allen Regionen Deutschlands verdient besonderen Schutz und Pflege. Lebendiges Kulturleben war, ist und bleibt eine der schönsten Früchte eines traditionsbewussten und zukunftsorientierten, kraftvollen und lebendigen Föderalismus.

Liberale Kulturpolitik baut auf klare Prinzipien, qualitätsvolle Diskussionen und konkrete Ziele. Mit den 10 Thesen der FDP/DVP zur Rolle und zum Selbstverständnis der Kultur wird ein reger Meinungsaustausch mit den Akteuren, den Nutzern und den Förderern der Kultur in Baden-Württemberg begonnen. Das Ziel allen Ringens bleibt: mehr Freiheit für die Kultur, mehr Kultur durch und für die Bürgerinnen und Bürger.

1. Kultur ist Leben

Kultur braucht Freiheit und Freiheit braucht Kultur. Wenn wir über Fragen des Zusammenlebens nachdenken, denken wir an Kultur. Für uns Liberale in Baden-Württemberg gehört die Kultur in das Zentrum des politischen Denkens. Freie Bürger brauchen Kultur wie das tägliche Brot oder die Luft zum Atmen.

.../2

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

Kultur schafft durch Kreativität im Denken und Handeln die Grundlage für das Meistern zukünftiger Herausforderungen. Pluralismus und Vielfalt sind dabei unerlässlich. Wir wollen keine Gesinnungskultur im Sinne einer konservativen Leitkultur, sondern wir wollen die Orientierung an den Werten, die ein gedeihliches Zusammenleben in Freiheit und Vielfalt ermöglichen. Das ist für Liberale ohne Kultur nicht denkbar.

2. Kultur ist Freiheit

Kultur stiftet Identität und wirkt integrierend. Das ist für das weltoffene und tolerante Baden-Württemberg besonders wichtig. Kultur ist im modernen Leben unersetzlich. Die Globalisierung macht den Bedarf an regionaler Verankerung wichtiger denn je. Weil die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen das Bedürfnis zu bewahren und zu gedenken größer machen. Die Freiheit des „Alles-ist-möglich“ steht im permanenten Spannungsverhältnis von Zukunftsängsten und -zweifeln. Ein freies und lebendiges Kulturbewusstsein bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft in allen Landesteilen. Es sichert Kontinuität und bietet Orientierungshilfe für den Austausch von Gruppen und Gemeinschaften.

Wir Südwest-Liberalen setzen uns daher für eine Vertiefung des gesellschaftlichen Dialogs ein, der die Unterschiede zwischen Überliefertem und Neuem, zwischen Heimat und Fremde in einem verständigen Interesse fördert. Wir stimmen für einen Dialog ohne staatliche Grenzen und ohne politische Zwänge, denn nur so ist Raum für Innovation und Pluralismus. Künstler dürfen in ihrem individuellen und kreativen Schaffen nicht eingeschränkt werden.

3. Kultur ist Tradition

Alle Förderer, gleich ob privat oder staatlich, haben Kunst und Kultur in ihren Bereichen, Ebenen und Regionen ermöglicht. Dadurch entstand eine große Vielfalt an kulturellen Identitäten, Werten und eigenständigen Traditionen. Diese gewachsenen Strukturen sollten bei der Förderung weiter berücksichtigt werden. Dazu gehört die Pflege einer aktiven Erinnerungskultur in den verschiedenen Landesteilen, in ihrem ganz speziellen Kontext und unter Beachtung ihrer pluralistischen und typischen Ausprägung.

Zu berücksichtigen sind dabei unterschiedlichste Kulturbereiche wie z.B. Sprache, Musik, bildende und darstellende Kunst, Literatur und Lesekultur, Denkmalpflege, Kultur- und Heimatpflege, Film und digitale Medien.

Damit befasst sind sowohl private als auch öffentliche Organisationen, seien es Mäzene, Vereine oder Förderkreise, Stiftungen, Kulturinitiativen, Kommunen, Land oder Bund.

Durch das vielfältige Angebot wie Ateliers, Museen, Galerien, Kinos, soziokulturellen Zentren, Theater, Akademien, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, Bibliotheken, Archiven, Gärten, Welterbestätten und historische Bauten erweist sich Baden-Württemberg als reiches Kulturland.

Der Schutz des historischen Erbes gelingt nur in der verstärkten Zusammenarbeit zwischen engagierten Menschen und dem Staat. Die Bewahrung und das Erleben dieses Erbes sind Voraussetzung für neue Entwicklungen und damit eine besondere Aufgabe gerade für uns

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

- 3 -

Antrag Nr. 1

1
2
3
4 Liberale in Baden-Württemberg. Die über Jahrhunderte gewachsenen Stadtbilder unserer Heimat
5 stellen ein prägendes Element unseres Kulturgutes dar. Zumeist stärken Mittel aus öffentlichen
6 Haushalten die Arbeitsfähigkeit einiger weniger Denkmalstiftungen. Doch sind etwa 90 % aller
7 Denkmäler in Privatbesitz. Wir sagen: Privatbesitz verpflichtet! In Ergänzung der wertvollen Arbeit
8 von Stiftungen zum Denkmalschutz ist das Engagement Privater zu würdigen.
9

10 Ein wichtiges Augenmerk legen wir auf die Entwicklung von Modellen für öffentlich-private
11 Partnerschaft (PPP). Aufgabe des modernen, sich kooperativ verhaltenden Staates ist nach
12 unserer Ansicht eine freie künstlerische Entfaltung in einer freien demokratischen Gesellschaft
13 und somit auch die Erhaltung der Pluralität der Kultur, die Wahrung der Tradition sowie mit Mut
14 neue Anstöße und Innovationen zu befördern. PPP-Modelle eignen sich in besonderem Maße zur
15 Finanzierung von Sanierung und Neuinvestitionen in infrastrukturelle Bauten und
16 Versorgungseinrichtungen von kulturellen Institutionen.
17

18 Auch immaterielle Werte gehören zu unserer reichen und gewachsenen Tradition in Baden-
19 Württemberg. Wissen um künstlerische Ausdrucksformen, Dialekte, musikalische Überlieferungen
20 oder regionale Bräuche gilt es auch für nachkommende Generationen zu sichern. Die Kenntnis
21 um unser kulturelles Erbe stiftet Identität im Land, hat aber auch Bedeutung für die
22 Verständigung weit über Baden-Württemberg hinaus.
23

24 **4. Kultur ist Zukunft**

25 Globalisierung und demographischer Wandel stellen für die Kulturbilanz Baden-Württembergs
26 eine besondere Herausforderung und Chance zugleich dar. Das Streben nach Pluralität und der
27 Freiheit der Kunststile, die Akzeptanz von Zeitgenössischem und Experimentellem, der Wunsch
28 nach Selbstentfaltung und Integration in die Gemeinschaft prägen dabei unsere
29 Wertvorstellungen. Frei und offen kann eine Gesellschaft nur dann sein, wenn sie ihre
30 schöpferischen und geistigen Kräfte voll entfalten kann. Kultur fördert ein tolerantes Miteinander
31 über Grenzen hinweg und ermöglicht für uns Liberale die kreative Entwicklung eines jeden
32 Einzelnen.
33

34
35 Unsere kulturelle Identität ist ein elementarer Bestandteil der Persönlichkeit jedes Einzelnen und
36 dennoch vereinigt gerade sie uns zu einer Gesellschaft. Gleichzeitig bildet sie – neben unseren
37 Werten – die Grundlage für einen Austausch mit anderen Menschen und Kulturen. Kulturelle
38 Bildung ist daher aus unserer Sicht eine wichtige Investition für die Zukunft, denn nur eine
39 lebendige und fortentwickelte Kultur treibt auch die Entwicklung der Gesellschaft voran.
40

41 Technischer Fortschritt, Digitalisierung und neue Medien eröffnen völlig neue Wege und
42 Perspektiven für Kunst und Kultur – nicht nur für ihr Entstehen sondern auch für ihre Vermittlung.
43 Wer die Zukunft gestalten will, kann die Vergangenheit jedoch nicht außer Acht lassen. Unser Ziel
44 ist daher nicht nur die Weiterentwicklung, sondern auch die Bewahrung und Pflege unseres
45 kulturellen Erbes.
46
47
48
49
50

.../4

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

5. Kultur bildet Persönlichkeit

Nach unserem Verständnis sollen Kinder von Anfang an die Chance haben, ihre ganze Persönlichkeit frei zu entfalten. Kulturelle Bildung ist nach unserer Auffassung wichtiger Bestandteil des Kindergartens und der Schule. Wir Liberale setzen daher auf familiäre, vor- und außerschulische, und auch schulische Heranführung an Kunst und Kultur. Die individuelle Erziehung des Menschen vermittelt zusammen mit seiner Grund-, Aus- und Fortbildung umfassend Kultur. Sie bereitet so das Fundament zur Entwicklung jedes Einzelnen zu einer eigenständigen Persönlichkeit.

Diese beinhaltet eigenständiges Denken und darauf basierend bewusstes, überlegtes Handeln. Sie fördert die Kreativität und trägt dadurch zur Steigerung der Lebensfreude und Lebensqualität bei und bildet die Basis für das Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge. Die Entwicklung persönlicher Fähigkeiten für den eigenen Lebensweg beginnt schon früh. Kreativität fördert die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwohl.

6. Kultur stiftet Gemeinschaft

Menschen brauchen Freiheit, um zu sich selbst zu finden, sie brauchen aber auch die Gemeinschaft mit anderen Menschen. Kulturelle Veranstaltungen bieten vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und der Gemeinschaft, sei es für diejenigen, die Kultur schaffen oder für diejenigen, die Kultur genießen oder schöpferische Kraft aus ihr ziehen. Baden-Württemberg ist ein Land der Vereine. Im musischen und künstlerischen Bereich, aber auch in der so genannten „Laienkultur“ bei Aufführungen und Festen, die das kulturelle Leben mitgestalten, können wir auf gewachsene Strukturen zurückgreifen. Laienkultur trägt zum engen Austausch der Generationen, der Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und zur Integration bei. Demografische Entwicklung, Integration und Globalisierung aber auch kommunale Entwicklungen stellen Deutschland vor Aufgaben nie gekanntes Ausmaßes. Nach unserer Auffassung bewahren und fördern Kunst und Kultur jene Werte und Haltungen, die zu einem tragfähigen Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft beitragen. Deshalb ist eine breite Kulturförderung unerlässlich und sollte möglichst vielen Menschen zu gute kommen.

Auf diese Werte und Haltungen kann die Integration von Ausländern aufbauen. Diese ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die Chancen der Integration von Ausländern sind für unseren Kulturraum groß. Durch vielfältige Einflüsse entwickelt sich Kultur weiter und bleibt lebendig. Grundlage einer kulturellen Integration sind vor allem gemeinsame Werte; die gemeinsam gesprochene deutsche Sprache sorgt für Verständigung und Verständnis und hilft, Berührungspunkte und Missverständnisse abzubauen. Die Sprache z.B. bei der frühkindlichen Bildung, in ausländischen Kulturvereinen und bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und einzufordern ist deshalb unumgänglich. Der Dialog der Kulturen in Deutschland kann nur so funktionieren. Toleranz und gegenseitiger Respekt bilden die Grundlage für eine gelungene Integration in Vielfalt.

7. Kultur braucht privates Engagement

Verantwortung und Engagement für Kultur sind aus liberaler Sicht zuerst private Aufgabe. Private

.../5

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

- 5 -

Antrag Nr. 1

Initiativen, Stiftungen, Mäzene, Vereine und Förderkreise stärken eine lebensnahe Kulturlandschaft, die unsere Gesellschaft kreativ, die Bildung frei und die Wirtschaft innovativ macht. Kultur ist individuell, unmittelbar und persönlich.

Kultur braucht ein liberales Umfeld und freiheitliche Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können. Dafür muss die Politik sorgen. Dazu ist es erforderlich, die Zuwendungen an gemeinnützige Organisationen - etwa durch Änderungen des Erbrechts - zu erleichtern und den Schutz geistigen Eigentums zu sichern. Bürger sind aus liberaler Sicht in der Verantwortung, sich zu engagieren. Der Staat steht in der Verantwortung, das Engagement der Kulturvereine, der soziokulturellen Zentren und der Laienkultur zu unterstützen und so eine aktive Bürgergesellschaft zu fördern.

Politik ist aus unserer Sicht auch Ansprechpartner einer lebendigen Zivilgesellschaft, denn die Freiheit der Kunst und Kultur kann nicht ohne Verantwortung und Schutz gelebt werden. Erst durch aktive Teilhabe vieler werden die Werte der Freiheit und Verantwortung in der Gesellschaft verankert. Denn: Die äußere Freiheit der Vielen lebt aus der inneren Freiheit des Einzelnen. Kunst und Kultur sind Spiegel einer offenen und toleranten Verantwortungsgesellschaft.

8. Kultur ist staatliche Verantwortung

Bund, Land und Kommunen müssen andererseits ihren Beitrag dazu leisten, das kulturelle Erbe zu bewahren und Rahmenbedingungen für künstlerische Innovation zu schaffen.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur Haushaltssanierung und damit notwendigerweise zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten auf allen Ebenen. Dies darf aber nicht heißen, dass die Kulturhaushalte als Steinbruch für Einsparungen dienen. Kultur ist für Staat und Gesellschaft lebensnotwendig. Insoweit ist Kulturförderung ebenso eine Infrastrukturaufgabe wie Straßenbau oder Schulen.

Wir sehen die staatlichen Kulturinvestitionen in öffentliche Einrichtungen als notwendige Basis, um etwa eine qualitätvolle Kunstvermittlung oder die Sicherung kultureller Strukturen zu gewährleisten. Den leider immer noch nicht vorliegenden Vorschlägen des von der Landesregierung eingesetzten Kunstbeirats sehen wir mit Spannung entgegen.

Schon in der frühkindlichen Bildung wollen wir Interesse für späteres Kunstverständnis wecken, das für die individuelle Persönlichkeit und damit auch für das berufliche Fortkommen genutzt werden kann. Nach unserer Auffassung soll der Bürger nicht nur mittun, sondern sich auch als kritischer Zeitgenosse in das politische Geschehen einbringen.

Für mündige Bürgerinnen und Bürger sind die wirtschaftliche Vorsorge, die politische Teilhabe und Werte ebenso wichtig wie das Streben nach Wissenschaft und Kultur. Der Staat muss, ebenso wie die Gesellschaft, als Förderer von Kunst und Kultur die Freiheit gewähren und ergebnisoffene Recherchen und künstlerische Reflexionen zulassen. Die Verfassungsgarantien des Kulturstaates formulieren die Freiheit, die den Staat gleichzeitig selbst begrenzen. Die Verpflichtung zu kulturpolitischer Neutralität und kulturpolitischer Toleranz des Staates gegenüber der Kunst konstituiert nach unserer Auffassung auch ein allgemeines Bürgerrecht auf Kultur.

.../6

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

Beim Urheberrecht, der Künstlersozialversicherung und der flächendeckenden Unterstützung der vielen nicht-staatlichen Einzelinitiativen steht der Staat in einer besonderen Verantwortung.

9. Kultur ist Wirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft sind wichtige Zukunftsbranchen in Baden-Württemberg und für Baden-Württemberg. Sie bildet spezielle Netzwerke, sichert Arbeitsplätze und fungiert zunehmend auch durch eigene Produkte und gebotene Dienstleistungen als Impulsgeber für andere Wirtschaftsbranchen. Die Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg umfasst fast 50 000 steuerpflichtige Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 50 Mrd. Euro. Darüber hinaus sind Kunst und Kultur wichtige Standortfaktoren. Ein ausgeprägtes kulturelles Angebot steigert nicht nur die Wohn- und Lebensqualität und damit die Ansiedlung von mitarbeiterstarken Unternehmen, sie fördert auch den Tourismus- und Dienstleistungssektor.

Baden-Württemberg ist ein Kultur- und Tourismusland par excellence in Europa. Die Vielfalt und Qualität an Theatern, Orchestern, Museen, Musikschulen ist einzigartig. Zahlreiche Städte unseres Landes sind weltbekannt und werden von Millionen von Touristen jährlich besucht. Mit dem von der FDP 1998 angestoßenen Projekt „Kulturland Baden-Württemberg“ haben wir dazu beigetragen, unser Land in Deutschland und Europa noch besser zu positionieren. Steigende Zahlen im Städtetourismus, bei Übernachtungen und bei dem Besuch von Kulturveranstaltungen insbesondere bei Festspielen im Sommer, dem Besuch von Museen und Ausstellungen zeigen, dass Kultur und Tourismus noch große wirtschaftliche Potenziale haben.

Notwendig ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen, der Kreativwirtschaft und dem Bereich des Tourismus. Wir Liberale sehen die Zukunftschance dieses Wirtschaftszweigs für Baden-Württemberg. Deshalb muss sich die Landespolitik dafür einsetzen, dass der Kulturwirtschaft als Wachstumsmarkt optimale Rahmenbedingungen geboten werden.

10. Baden-Württemberg lebt Kultur

Die Verpflichtung zur Förderung des kulturellen Lebens durch Land und Gemeinden ist in Baden-Württemberg als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen. Für Liberale ist dies Verpflichtung, das vielfältige Angebot kultureller Einrichtungen unseres Landes zu erhalten und fortzuentwickeln. Für die FDP/DVP sind freie, kommunale und staatliche Kultureinrichtungen gleichermaßen wichtig. Wir brauchen in Baden-Württemberg auch in Zukunft eine Kulturförderung in der Spitze und in der Breite, in den Zentren und in der Fläche.

Die FDP /DVP will:

- die Kulturhoheit des Landes gegenüber dem Bund wahren.
- die Kulturinvestitionen im Landeshaushalt Baden-Württembergs auf hohem Niveau halten. Seit die FDP/DVP im Land Baden-Württemberg in der Regierungsverantwortung ist, hat sie sich stets den Kürzungen im Kulturbereich widersetzt, während die öffentlichen Kulturausgaben bundesweit von 2001 bis 2004 von 8,4 Milliarden auf 7,88 Milliarden Euro zurückgegangen sind.
- die Struktur der staatlichen Kunstförderung auf den Prüfstand stellen, um so Spielraum für neue Ideen und Projekte zu schaffen. Die FDP/DVP will die Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg öffentlich weiterentwickeln und fortschreiben.

.../7

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

- 7 -

Antrag Nr. 1

- den Stellenwert der Kulturpolitik im Land Baden-Württemberg durch einen jährlichen Kulturbericht und eine Regierungserklärung stärken.
- einen „Kompetenznachweis Kultur“, mit dem ehrenamtliches Engagement im kulturellen Leben auch für Bewerbungen belegt wird.
- das musisch-kreative Potenzial junger Menschen besser erschließen und die Förderung der Musik- und Kunstschulen weiterhin sicherstellen.
- insbesondere, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, die elementare Kulturtechnik des Singens und das Spiel eines Musikinstruments zu erlernen. Wir wollen das von der Kulturstiftung des Bundes initiierte Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ auch für Baden-Württemberg umsetzen.
- die Förderung von Kunst- und Musikunterricht in der Schule. Diese Fächer sind für die Entwicklung junger Menschen von erheblicher Bedeutung und dürfen nicht Bildungsplan- und Prüfungsordnungsveränderungen zum Opfer fallen.
- eine enge Zusammenarbeit zwischen Kunst, Kultur, den Vereinen und den Schulen noch intensiver fördern. Kunst- und Kulturschaffende, Soziokulturelle Zentren, freie und kommunale Theater, Kunstschulen und Musikvereine müssen in die erweiterten schulischen Ganztagsangebote einbezogen werden.
- die Förderung des kreativen Potentials von Kindern von Anfang an als fester Bestandteil der frühkindlichen Bildung.
- noch mehr Menschen im Land zur Gründung von Stiftungen und Fördervereinen motivieren und die steuerlichen Rahmenbedingungen zur Erleichterung der privaten Förderung von Kunst und Kultur verbessern. Dazu fordert die FDP/DVP eine zügige Novellierung der Stiftungs- und Stiftungssteuerrechtes.
- die Kunst- und Kulturförderung des Landes beibehalten. Dazu ist die Finanzierung aus den Erträgen von Wetten, Lotterien und Spielbanken durch die Neuordnung im Rahmen eines Konzessionsmodells dauerhaft zu sichern und weiterzuentwickeln.
- eine verstärkte Entwicklung von Modellen für öffentlich-private Partnerschaften. Diese sogenannten PPP-Modelle eignen sich insbesondere zur Finanzierung von Sanierungen sowie von Neuinvestitionen in Kultureinrichtungen.
- das Engagement der Denkmalförderung auf hohem Niveau fortentwickeln.
- die Erfolgsgeschichte des Tags des offenen Denkmals auch auf andere kulturelle Einrichtung übertragen. Die FDP/DVP sieht hier eine Vorreiterrolle des Landes bei seinen kulturellen Einrichtungen.
- die Fortsetzung des Projekts „Unser Dorf soll schöner werden“, um so die Kulturlandschaft auch im ländlichen Raum weiter zu fördern.
- eine noch intensivere Kulturförderung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg, insbesondere die Förderung gemeinnütziger und innovativer Projekte aus dem Kunst- und Kulturbereich, des Literatursommers, von Festivals, Gedenkstätten, Denkmälern.
- die jährliche Ausschreibung des Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg.
- in Anlehnung an das Projekt „Europäische Kulturhauptstadt“ alle 5 Jahre eine landesweite Ausschreibung für die „Kulturstadt Baden-Württemberg“.
- die Aufnahme weiterer kultureller Angebote in den „Landesfamilienpass Baden-Württemberg“.
- eine stärkere Vernetzung der Museumslandschaft des Landes Baden-Württemberg. Hierbei übernimmt die Museumspädagogik in der Vermittlung kultureller Inhalte und in der Heranführung an die museale Landschaft eine zentrale Funktion.

.../8

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

- 8 -

Antrag Nr. 1

- eine ausgewogene Förderung von Kulturprojekten in allen Regionen. Staatstheater und Landesbühnen finanziell angemessen auszustatten ist genauso notwendig, wie Kleintheater und freie Theater in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- neue kreative Kulturprojekte für Baden-Württemberg mit einer projektorientierten Anschubfinanzierung fördern.
- den Erhalt von Kunstgegenständen im Eigentum des Landes, wie etwa historische Handschriften, Gemälde oder Bibliotheken. Diese stellen wertvolle geschichtliche Wurzeln des Landes dar. Für die FDP/DVP ist es daher eine zentrale kulturpolitische Aufgabe des Landes, für den Erhalt von staatlichem Kulturgut zu sorgen.
- das europäische Kulturprogramm 2007-2013 aktiv in Baden-Württemberg umsetzen. Deswegen müssen die Möglichkeiten der Förderung von Kulturkooperationen, Mobilität und dem europäischen Freiwilligenprogramm auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekannter gemacht werden. So können die damit verbundenen Chancen ergriffen werden, Interessen zu bündeln und neue Bündnisse zwischen Städten, Künstlergruppen und Vereinen anzuregen.
- die Bedingungen und Anreize für ehrenamtliches Engagement im Bereich von Kunst und Kultur weiter verbessern und hierzu auch die Angebote für ein freiwilliges kulturelles Jahr ausbauen.
- eine Stärkung der Anerkennungskultur für das Ehrenamt durch eine wirkliche Reform des Zuwendungs-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrechtes. Mit über vier Millionen in Vereinen aktiven Menschen und damit einer Quote von 42 % der Landesbevölkerung ist Baden-Württemberg Spitzenreiter im Vereinsengagement der Bundesrepublik Deutschland.
- die Chancen und Herausforderungen, die der demografische Wandel auch im Kultur und Kunstbereich mit sich bringt konstruktiv nutzen.
- an den Prinzipien der Liberalität und Pluralität, der Dezentralität und Subsidiarität staatlicher Kunst- und Kulturförderung festhalten, um Freiheit und Vielfalt der Kunst zu gewährleisten.

Stuttgart, 1. Oktober 2007

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig

LANDESHAUPTAUSSCHUSS AM 27. OKTOBER 2007 IN SALEM

Antrag Nr. 2

Betr.: Beendigung des Kulturgüterstreits und Erhalt von Schloss Salem

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landeshauptausschuss möge beschließen:

Es entspricht der Tradition unseres Landes und ist das Ziel liberaler Politik, das baden-württembergische Kulturerbe langfristig zu bewahren. Für die FDP/DVP ist es zweitrangig, ob die Finanzierung durch öffentliche oder private Mittel erfolgt. Wir setzen bei dem Erhalt der Kulturgüter auch auf das gesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen und den Einsatz von privaten Stiftungen. Die Aussage des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ hat sich gerade auf dem Gebiet der Kultur vielfach bewährt. Wir Liberale wollen, dass diese Eigenverpflichtung für alle Akteure, Staat, Stiftungen oder private Eigentümer auch in Zukunft ihren hohen Wert behält.

Für uns gilt es, die Auseinandersetzung um die Kulturgüter aus den ehemaligen großherzoglichen Sammlungen in Baden zügig zu beenden und endlich Rechtssicherheit zu schaffen. Eine befriedigende Gesamtlösung muss sicherstellen, dass wir das badische Kulturgut in den Sammlungen für das Land dauerhaft erhalten, das kulturhistorische Erbe Salems bewahren und den Erhalt von Schloss Salem gewährleisten können.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, eine Vereinbarung mit dem markgräflichen Haus anzustreben, die folgende Kriterien erfüllt:

- Um die Klosteranlage Salem dauerhaft zu sichern und im Interesse der Öffentlichkeit zu erhalten, soll eine Stiftung errichtet werden.
- Die Eigentumsverhältnisse am badischen Kulturerbe sollen zwischen dem Land und dem Haus Baden abschließend geklärt werden.
- Sämtliche vorhandenen Sammlungen sollen daraufhin gesichtet werden, ob sie Werke oder Gegenstände enthalten, die keinerlei Bezug zum Land aufweisen und sich aus der jeweiligen Sammlung herauslösen lassen, ohne die Ziele der Sammlung oder die Sammlung in ihrer Substanz zu beeinträchtigen. In diesen Fällen sind angemessene Formen der Verwertung zu prüfen.
- Privaten Spendern und Sponsoren aus der Wirtschaft soll darüber hinaus der Erwerb einzelner Werke oder Gegenstände ermöglicht werden, sofern sie bereit sind, diese der Stiftung dauerhaft zur Verfügung zu stellen und damit der Öffentlichkeit zu erhalten.
- Auf diese Weise soll versucht werden, die Finanzierung der Stiftung - neben der Möglichkeit weiterer Zustiftungen und Spenden - vorrangig über die Heranziehung vorhandener, bisher zwischen dem Land und dem Haus Baden strittiger Vermögenswerte zu sichern, ehe Landesmittel in Anspruch genommen werden.

Stuttgart, 1. Oktober 2007

angenommen abgelehnt zurückgezogen erledigt durch

überwiesen an:

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig